

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 356.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Verlagspreis für Halle und Gerate 2,40 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr, die halbjährige und die jährliche Lieferung 7,20 M., 13,20 M., 24 M. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle (Saale), Gutenberg-Druckerei (Halle, Saale), 22. Unterwallstraße (Gemeindeamt), 22. Unterwallstraße, 22. Unterwallstraße, 22. Unterwallstraße (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die telegraphischen Fernschreiben oder deren Raum für Halle und den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bestellen am besten bei den telegraphischen Zeitungen der Zeit 100 Pfennig. Abgabegebühren für die telegraphischen Fernschreiben oder deren Raum für Halle und den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bestellen am besten bei den telegraphischen Zeitungen der Zeit 100 Pfennig. Abgabegebühren für die telegraphischen Fernschreiben oder deren Raum für Halle und den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bestellen am besten bei den telegraphischen Zeitungen der Zeit 100 Pfennig.

Halle (Saale), Leipziger Straße Nr. 61/62, Telefon 8106 u. 8109; Telefax-Telefon 8110. Verleger: Dr. Strassmann-Kielbaso, Halle (Saale).

Freitag, 1. August 1913.

Halle (Saale), Leipziger Straße Nr. 61/62, Telefon 8106 u. 8109; Telefax-Telefon 8110. Verleger: Dr. Strassmann-Kielbaso, Halle (Saale).

Der Boykott deutscher Waren in Frankreich.

Neben dem Verlust von Elsass-Lothringen ist keine Bestimmung des Frankfurter Friedens den Franzosen von jeher so verhasst gewesen, wie die Festlegung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich und seiner Unabhängigkeit. Mit dem Frieden hat sich die Abneigung der Franzosen gegen die Bestimmung noch wesentlich vergrößert, und zwar in dem Maße, in welchem die wirtschaftliche Aufschwüfung Deutschlands und demgemäß auch die Einfuhr deutscher Waren in Frankreich zunahm. Verschiedentlich ist von Seiten Frankreichs bereits der Versuch gemacht worden, dieser Einfuhr aus „Rechtsweg“ durch alle möglichen Schikanen, die die klare Vorchrift des Frankfurter Vertrages umgingen, Abbruch zu tun, und es ist bezeichnend, daß jedesmal, wenn eine politische Spannung zwischen den beiden Ländern eintritt, sich die Nachwirkung derselben auch auf wirtschaftlichem Gebiete äußert und den erneuten Versuch zeigt, den deutschen Waren den Eingang in Frankreich zu erschweren. Auch jetzt sind die französischen Staatsbeamten wieder am Werke, um einen Boykott deutscher Waren durchzuführen. Einen nennenswerten Erfolg haben diese Bestrebungen bis jetzt allerdings noch nicht gehabt, und die Tatsache, daß die deutsche Einfuhr in Frankreich im ersten Vierteljahr 1913 um 22 Millionen Mark im Vergleich zu dem Werte der Einfuhr während des gleichen Zeitraumes 1912 zugenommen ist, beweist am besten, wie sehr Frankreich auf den Bezug deutscher Waren angewiesen ist. Ummerben sind aber Anzeichen dafür vorhanden, daß die Boykottbewegung anfängt, dem deutschen Handel Schaden zuzufügen. Sowohl die Handelskammer von Mannheim wie die von Würzburg haben festgestellt, daß der Rückgang des Warenbezuges aus Deutschland seitens französischer Geschäftshäuser erheblich zunimmt und die deutsche Industrie in ihrem Export nach Frankreich bedroht.

Daß diese Boykottbestrebungen in Frankreich jetzt einen gewissen politischen Anstrich haben, ist selbstverständlich. Dieser politische Charakter ist aber bisher noch niemals in so scharfer Weise hervorgetreten, wie es jetzt der Fall ist. In den Boykottbestrebungen wird ganz offen auf die wirtschaftliche Motive hingewiesen, und die Bemerkung, daß jeder Franzose, der deutsche Waren kauft, dazu beitrage, die deutsche Wehrkraft zu verkleinern ist in diesen Aufforderungen bereits zu einer häufigen Redensart geworden. Dieser politische und wirtschaftliche Charakterismus wird von der französischen Presse derart gefördert, daß die französischen Geschäftshäuser heute bereits unter einem gewissen Druck der öffentlichen Meinung stehen und es kaum noch wagen dürfen, ihren Warenbezug aus Deutschland offen zuzugeben. Nicht wenig lag an dieser Entwicklung die Haltung der französischen Regierung beigetragen, die zwar nicht direkt, aber doch auf gewissen Umwegen die Boykottbestrebungen fördert. So ist nicht mit Unrecht die im Januar dieses Jahres seitens der französischen Regierung veranfaßte Umfrage, durch welche festgestellt werden sollte, inwieweit ausländisches Kapital in den industriellen Betrieben in Frankreich investiert sei, auf eine Intention abgesehen werden, die sich danach erkundete, welche Maßnahmen die Regierung gegen das Eindringen deutscher Erzeugnisse in Frankreich zu ergreifen gedenke. Mit welchen Mitteln die französischen Staatsbeamten arbeiten, erhellt aus dem Umstande, daß es Franzosen gegen sich sind, die in einigen deutschen Städten einen Aufruf verbreitet haben, der zum Boykott französischer Waren auffordert, und seinen anderen Zweck hatte, als in Frankreich als Agitationsmaterial zu dienen. Neuestens ist es jenseits der Vogesen auch zur Bildung einer Liga französischer Käufer und Konsumenten gekommen, deren Mitglieder sich zum Boykott deutscher Waren verpflichtet haben.

Diesen wachsenden Bestrebungen gegenüber, den deutschen Handel nach Frankreich zu schädigen, kann unsere Handelswelt und die Handelsregierung kaum noch länger gleichgültig bleiben. Mit einem Gesetzentwurf, der bereits von verschiedenen Seiten empfohlen und auch bereits mehrfach in der Öffentlichkeit viel zu erreichen sein, zumal dadurch die Schädigungen, die unser Handel erlitt, nicht aufgehoben werden. Wir sind der Ansicht, daß die öffentliche Propaganda für einen Boykott deutscher Waren in Frankreich dem Sinne des Vertragsverhältnisses, das zwischen Deutschland und Frankreich besteht, durchaus widerspricht, und daß eine solche öffentliche Propaganda unter Regierung Anlaß und Handhabe bieten würde, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden. Weichen öffentliche Vorstellungen wirkungslos, so müssen eben scharfere Maßnahmen getroffen werden. Auf keinen Fall darf der Eindruck aufkommen, als ob Deutschland und der deutsche Handel im französischen Gebiet der französischen Staatsbeamten wehlos gegenüberstünden. Für die deutsche Handelswelt und die deutschen Konsumenten im allgemeinen sollte unter den obwaltenden

Umständen allerdings das Bestreben nacheliegen, so weit als tunlich den Verbrauch französischer Erzeugnisse einzuschränken. Nach der Art der französischen Einfuhr in Deutschland würde Frankreich wohl sehr bald merken, daß es sich mit einem Boykott deutscher Waren auf dem Holzwege befindet. Aber wie gelangt, ein Maßnahmmittel gegen die beabsichtigte Schädigung des deutschen Handels nach Frankreich ist ein solcher Gegenboykott nicht, und politische wie wirtschaftliche Gründe lassen es als notwendig erscheinen, daß die Reichsregierung sich mit diesen Dingen befaßt.

Zum sozialdemokratischen Parteitage.

Aus dem diesmaligen Berichte des sozialdemokratischen Parteivorstandes klingt es wie Dämpfung. Es heißt darin, das Berichtsjahr sei ein Jahr des Kampfes gewesen, „vorausweisend freilich ein Jahr des Abwehrkampfes“. Das klingt von den Hauptbeteiligten an der sozialen Vorkämpferarbeit nicht gerade zuversichtlich. Allerdings wird der Bericht wehleidig feststellen, daß der Wunsch der Parteigenossen, die Organisationen fortzuführen zu leben, trotzdem die „aktiven Parteigenossen“ außerordentlich hohe Anforderungen zu befriedigen hatten, nicht erfüllt worden ist. Deshalb mußte verläßt werden, die Ursachen dieser Enttäuschung festzustellen. Wie gewöhnlich macht der Vorstand für dieses betrübliche Agitationsergebnis alles andere, nur nicht die eigene Dämpfungspolitik verantwortlich. In erster Linie: die wirtschaftliche Lage. Und dann eine mangelhafte Vorbereitung der Aufnahme neuer Mitglieder in den öffentlichen Versammlungen, sowie die Vernachlässigung der propagandistischen Aufgaben durch die Presse. Insbesondere der Presse wird die Verantwortung vor, daß sie sich immer mehr an die organisierten und geschulten „Genossen“ wende, während von ihr verlangt werden müsse, daß sie auch die indifferenten Bevölkerung, die noch Fernstehende für die Partei gewinne. Da soll also vermutlich noch ungenühere Verlesungs- und Täuschungspolitik geübt werden.

Ueber den Bestand von Mitgliedern der Kreisorganisationen berichtet der Parteivorstand, daß die Zahl der Organisierten gegen das Berichtsjahr von 970 112 auf nur 982 850, also um 12 738 oder 1,2 v. H. gesunken sei. Verursacht man, daß der Mitgliederzuwachs hauptsächlich auf die weiblichen Mitglieder entfällt, die sich um 10 744 vermehrt haben, so macht die Zunahme an „Genossen“ um noch nicht 2000 Mann recht lässlich. Auch über den Stand der Parteipresse vermag der Bericht nichts Erreichtes zu melden. Eindeutlich des Frauenorgans „Gleichheit“, das eine Abonnentenvermehrung von 5000 zu verzeichnen hat, hat sich die Abonnentenzahl der gesamten Sozialistenpresse um 12 830 verringert. An dem Abonnentenrückgang sind 43 Parteiblätter beteiligt, während 47 Zunahme zu melden haben. Den stärksten Abonnentenverlust hatte der „Vorwärts“ mit 8400. Von einigen Ziffern ist die Aufzählung des an der Sozialistenpresse beteiligten Personal, es umfasst einschließlich der technischen Kräfte 3500. Eine Vermehrung der Abonnenten um über 9000 verzeichnet die „Arbeiterjugend“, die nunmehr in 89 400 Exemplaren erscheint. Die rote Jugendbewegung macht also noch immer bedeutendere Fortschritte.

Ein nicht gerade angenehmes Kapitel für den Parteivorstandsbereich ist das, was von den Nachwahlen zum Reichstage handelt, bei denen die Sozialdemokratie fast durchweg empfindliche Stimmenverluste erlitten hat. Der Bericht meldet, die Ergebnisse der Nachwahlen zeigten fast überall schwächere Wahlbeteiligung. Diese Erscheinung sei aber nicht neu, sie werde immer noch den allgemeinen Wahlen beobachtet. Dagegen hieß es in dem vorjährigen Vorstandsbericht an den Parteitag zu Chemnitz über die Nachwahlen vor den 1912er Reichstagswahlen: „Als drei Wochen seitdem dieses Bild wie aus dem Nachwahlen bei 1909. Anmuthen der sozialdemokratischen Stimmen und Verluste für die Parteien des blau-schwarzen Blocks.“ Von den fünf Erziehungswahlen, die nach dem Januar 1912 stattfanden, weiß der Bericht von „demselben Wilde“ nichts zu melden. Am Gelegentlich muß er auf die Stimmenverluste hinweisen. Und diese Erscheinung hat sich denn auch in dem jetzigen Berichtsjahre fortgesetzt. Da sich jetzt nur die eine Hälfte des Vorstandsberichtes vorliegt, ist von den Massenverhältnissen usw. daraus noch nichts zu entnehmen.

Die zweite Sitzung der Friedenskonferenz

Am Donnerstag nachmittags um 4 Uhr in Bukarest statt. Vorher hatten die rumänischen Delegierten in einer vertraulichen Konferenz einmütig die Punkte an der Grenze, deren Veränderung von Rumänien verlangt wird, topographisch festgelegt. In der Plenarsitzung stimmte die Konferenz dem Protokoll der vorbereitenden Sitzung, das von allen Delegierten unterzeichnet wurde, zu. Ministerpräsident Morescu machte den Vorschlag, daß die Mitglieder

der Konferenz sich in einer den strittigen Punkten entsprechenden Gruppierung gegenseitig in besonderen Sitzungen Vorschläge machen sollten, daß die hauptsächlichsten Fragen bereits erörtert und geklärt vor die Konferenz zurückföhrten. Die Führer der Missionen stimmten diesem Vorschlage zu. Am Abend wollte die bulgarische Mission mit den rumänischen Delegierten im Ministerium des Auswärtigen arbeiten, um die rumänisch-bulgarischen Fragen zu erörtern. Am heutigen Freitag früh werden die Delegierten der Verbündeten mit den bulgarischen Abgeordneten arbeiten und am Nachmittag um 4 Uhr wird eine Plenarsitzung stattfinden, deren Dauer von dem Umfang der in den Sonderfragen geleiteten Arbeit abhängen wird.

Es wird viel beachtet, daß trotz des angeblichen Widerstrebens der Verbündeten gegen die Entfaltung der Feindschaften die rumänische Auffassung schließlich doch die Oberhand gewonnen hat, was als Zeichen angesehen wird dafür, daß sich der mächtige und beruhigende Einfluß der rumänischen Delegierten auch weiterhin geltend machen wird. Auf Seiten der bulgarischen Delegierten besteht der Wunsch, vorerst jene Punkte zur Sprache zu bringen, über die eine Einmütigkeit voraussetzlich leicht erzielt werden wird. Man glaubt, daß dies bezüglich der fünfzigsten serbisch-bulgarischen Grenze eher möglich sein wird als bezüglich der bulgarisch-griechischen Grenze.

Die Nachricht über die Vereinbarung der fünfzigsten Waffeneruhe hat in den politischen Kreisen Wiens allgemein einen ängstlichen Eindruck hervorgerufen. Man gibt sich der Erwartung hin, daß in der Abwesenheit eine prinzipielle Einigung in der Friedensfrage erzielt werden wird.

Ueber die kriegerischen Ereignisse.

Die serbischen Einrückungsaktionen haben sich der Festung Widin bis auf einige Kilometer genähert. Die Serben haben Novo Selo, ganz dicht bei Widin, eingenommen. Dicht an der alten Grenze im Angesichte von Blasina berückten die Bulgaren in einer letzten Anstrengung drei Stürme auf dem rechten Aligal. Der Feind wurde zurückgewiesen und erlitt beträchtliche Verluste. Die bulgarische Armee ist vollständig erholt durch die letzten Anstrengungen und steht vor der völligen Auflösung.

Amlich werden neuerlich neue vollständige Siege der Griechen gemeldet. Als die Bulgaren die Angriffe bei Schumla wieder aufnehmen wollten, wurden sie zurückgewiesen, bevor sie Zeit hatten, Verstärkungen heranzuschicken. Sie erlitten eine katastrophale Niederlage. Nichtsdestoweniger führen sie fort, die griechischen Stufen anzugreifen. Sie erlitten sehr verlickt vor dem linken griechischen Flügel im Norden von Pektichovo und suchten nach Süden gegen die Taler der Bereanika und der Resabija vorzudringen. Die Griechen wurden ermuntert, sich zurückzuziehen und eine Verteidigungsstellung auf den Höhen im Nordwesten von Pektichovo einzunehmen. Die Bulgaren unternahmen drei Tage lang erfolglose Angriffe, wurden jedoch unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Zwei griechische Divisionen griffen die Bulgaren in der Plante an und eroberten nach erbittertem Kampfe die Höhen von Sallan Balcha und Lesca und betrieben den Feind von allen Höhen. Die Bulgaren wollten bei Pektichovo die griechische rechte Plante angreifen, wurden jedoch zurückgewiesen. Eine andere bulgarische Abteilung, die aus sechs Bataillonen und acht Kanonen bestand, kam von Tatar Bogardik her und griff ein griechisches Bataillon bei Mahoma an. Das griechische Bataillon mußte sich vor den bedeutenden feindlichen Streitkräften gegen Abwehrkämpfe zurückziehen. Jedoch kam ihm die rechte griechische Division zu Hilfe und schlug den Feind vollständig. Die Verluste der Bulgaren sind bedeutend.

Deutsches Reich.

Der neue Kriegsminister und der Preffe. Dem Reichsverband der Deutschen Preffe ist folgendes Schreiben Sr. Majestät des preussischen Regimentsministers zugegangen:

Für die freundliche Überlegung der Nr. 6 der Mitteilungen Ihres Verbandes über die aufrichtigen Dank. Ich habe mit großem Interesse von den Verhandlungen über die Aufgabe der Preffe in Kriegzeiten und die Besondere militärischer Nachrichten durch die Preffe Kenntnis genommen, kann Sie aber beruhigen, daß es dieses Einfluß in Ihren Meinungsaustausch nicht bedürft ist, um mein Verständnis für die Bedeutung der Preffe im allgemeinen wie für Ihre Bestrebungen im besonderen zu weiden. Sie wollen überzeugt sein, daß ich der deutschen Preffe die Erfüllung ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe, soweit es an mir liegt, mit allen Kräften erleichtern werde.

Die im vorstehenden Schreiben erwähnte Nr. 6 der „Mitteilungen“ enthält einen ausführlichen Bericht über die Düsseldorf-Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Preffe.

Soge: Es gibt an meine Unterhandlungen und Brandt waren...
Kriegsgericht Dr. Wolf: Unter den Normalregeln, die...
Angekl. Soge: Die militärischen Mitteilungen habe ich nicht...

Kriegsgericht Dr. Wolf: Unter den Normalregeln, die...
Angekl. Soge: Zu Krupp habe ich niemals gehen wollen...
Der Angekl. Soge: Ich habe mich nicht an dem Brandt...

Luffahrt.
Der deutsche Höhenföhrer verbessert.

Auf dem Flugplatz Gellenkichen-Essen...
Der Höhenföhrer verbessert.

Vermischtes.

Die deutsche Flage heruntergerissen. Nach einer Wä...
Der Brandt...
Der Brandt...

Der Brandt...
Der Brandt...

Provinz Sachsen und Umgebung.

W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...

Kunst und Wissenschaft.

Der Herr...
Der Herr...
Der Herr...

in Prinzipie nicht abgelehnt ist, ein etwaiges Annehmen...
Sport und Jagd.

Explosionsunfall beim Motorrennen. Während eines...
Sport und Jagd.

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 1. August.
Von der Universität Halle.
Die der 'Reichsanzeiger' nunmehr amtlich bekannt gibt...

Anfall. In einer hiesigen Fabrik wurde gestern nach...
Sport und Jagd.

Letzte Telegramme.

Die Friedensverhandlungen am Balkan.
Bukarest, 1. Aug. ('Agence Reunione'). Die rumänischen...
Die Friedensverhandlungen am Balkan.

Die Friedensverhandlungen am Balkan.
Die Friedensverhandlungen am Balkan.

Die Friedensverhandlungen am Balkan.
Die Friedensverhandlungen am Balkan.

Börsen- und Handelsteil.

Produkten- und Warenmärkte.
Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.
Berliner Getreidemarkt. (Anst. Notierungen) Berlin, 31. Juli.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.
Berliner Getreidemarkt. (Anst. Notierungen) Berlin, 31. Juli.

W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...

W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...

W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...

Neueste Handels-Depeschen.

W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...
W. Weihenfels, 31. Juli. (Erdbeben) Auf der...

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Stärke auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe).
Straßfurt 30. Juli + 1.15, 31. Juli + 1.10, Wehrhahn...
Wasserstände von Saale und Unstrut.

Bank für Handel und Industrie (Darmsstädter Filiale Halle a. S., Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.)

